

Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung der Bürgerschaft am 11.12.2025

Zu TOP: 7.10

Einbindung der Hansestadt Stralsund in den Operationsplan Deutschland

Einreicher: Marc Quintana Schmidt, Fraktion DIE LINKE.

Vorlage: kAF 0152/2025

Anfrage:

Die nachfolgenden Fragen beziehen sich auf die Rolle der Hansestadt Stralsund im Rahmen des Operationsplans Deutschland (OPLAN DEU) der Bundeswehr sowie auf die Auswirkungen für die kommunale Infrastruktur und Verwaltung:

1. Einbindung der Hansestadt Stralsund in den Operationsplan Deutschland
Wurde die Hansestadt Stralsund bereits in den Operationsplan Deutschland einbezogen? Außerdem wird nachgefragt, ob Bedarfe für die zivil-militärische Zusammenarbeit im Zuge dieses Plans angemeldet wurden.
2. Nutzung der kommunalen Infrastruktur zur Unterstützung der Bundeswehr
Es wird um Auskunft gebeten, welche konkreten Bereiche der kommunalen Infrastruktur der Hansestadt Stralsund für die Unterstützung der Bundeswehr herangezogen werden sollen oder bereits werden.
3. Zusätzliche Aufgaben und finanzielle Auswirkungen für die Kommunen
Des Weiteren wird nachgefragt, welche zusätzlichen Aufgaben im Bereich Infrastruktur, kommunaler Ämter und Behörden, Feuerwehr und Katastrophenschutz auf die Hansestadt Stralsund zukämen. Ergänzend wird um eine Einschätzung der damit verbundenen finanziellen Belastungen für die Hansestadt Stralsund gebeten.

Herr Tanschus beantwortet die kleine Anfrage im Zusammenhang wie folgt:

Der Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) ist ein Kernelement des militärischen Anteils an der Gesamtverteidigung Deutschlands. Er führt zentrale militärische Bestandteile der Landes- und Bündnisverteidigung mit den notwendigen zivilen Unterstützungsleistungen zusammen. Die Federführung für den Operationsplan Deutschland liegt beim Operativen Führungskommando der Bundeswehr. Das über 1.000 Seiten lange und im Detail geheime Dokument wurde ressortübergreifend erarbeitet und wird fortlaufend aktualisiert. Seine erste Fassung lag Anfang 2024 vor, die zweite wird voraussichtlich Mitte 2026 fertiggestellt. Der OPLAN DEU regelt dabei ausschließlich den militärischen Anteil der gesamtstaatlichen Verteidigungsplanung im Inland.

Die Hansestadt Stralsund ist als große kreisangehörige Stadt nicht in die Planungen zum OPLAN Deutschland eingebunden. Der primäre Ansprechpartner für die Bundeswehr auf Landesebene ist das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern. Eine direkte, detaillierte Anforderung an die Hansestadt Stralsund zur Anmeldung spezifischer Bedarfe im Rahmen des OPLAN DEU liegt der Verwaltung nicht vor. Es ist jedoch im kommenden Jahr auch mit einer Einbeziehung der Städte und Gemeinden zu rechnen. Aktuell lässt sich nicht beurteilen, ob damit finanzielle Mehrbelastungen verbunden sein werden.

Die Zivile Verteidigung (ZV) in Mecklenburg-Vorpommern koordiniert und steuert das Ministerium für Inneres und Bau. Dazu wurde der Landeskoordinierungs- und Unterstützungsstab (LKUST) eingerichtet. Seit Oktober 2024 wurde zusätzlich eigens eine Koordinierungsstelle Zivile Verteidigung (KoSt ZV) mit einer Planstelle eingerichtet. LKUST und KoSt ZV identifizieren gemeinsam die Aufgaben der ZV und leiten daraus die Aufgaben

für Mecklenburg-Vorpommern ab. Derzeit erfolgt die Einbeziehung von Bund über das Land bis zu den Kreisen. Eine tiefergreifende Abstufung in die kommunale Ebene wird zu einem späteren Zeitpunkt sicherlich ebenfalls erfolgen.

Herr Quintana Schmidt dankt für die ausführliche Beantwortung. Sollten neue Erkenntnisse vorliegen, bittet er, die Bürgerschaft unaufgefordert zu informieren.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 16.12.2025